

Antrag

der Fraktion der CDU

Internationale Vernetzung beim Kampf gegen Drogenmissbrauch – Beitritt Berlins zum Bündnis „Europäische Städte gegen Drogen“

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Berlin tritt dem Bündnis „Europäische Städte gegen Drogen“ / „European Cities against Drugs (ECAD)“ bei.
2. Der Regierende Bürgermeister wird beauftragt, unverzüglich für Berlin die ECAD-Resolution von 2016 zu unterzeichnen.

Begründung

Anlass des Antrags

Berlin ist ein Hotspot des Drogenmissbrauchs. Drogen aller Art sind hier über das Internet mühelos erhältlich und werden von Drogentaxis ins Haus geliefert, ohne dass Polizei und Strafverfolgungsbehörden dem bisher wirksam entgegentraten. Dealer bieten weitgehend unbehelligt ihre Ware in den Parks und an den Bahnhöfen Berlins an. Während alle anderen Bundesländer nur sechs Gramm Cannabis als Eigenbedarfsmenge tolerieren, gestattet Berlin in fataler Großzügigkeit 15 Gramm und lädt auf diese Weise Menschen aus ganz Deutschland ein, in Berlin der Einstiegsdroge Cannabis und als Folge davon auch den harten Drogen zu verfallen.

Der Kampf gegen illegale Drogen ist hart und mühsam. Das darf aber kein Grund sein, ihn gar nicht oder nur halbherzig zu führen. Erfolg wird nur haben, wer den Erfolg auch ernsthaft will.

Das Bündnis „Europäische Städte gegen Drogen“ / „European Cities against Drugs (ECAD)“

Diesen ernsthaften Willen, Gebrauch und Missbrauch illegaler Drogen zu bekämpfen, bekräftigen 250 Städte aus ganz Europa dadurch, dass sie Mitglied im Bündnis „Europäische Städte gegen Drogen“ / „European Cities against Drugs (ECAD)“ sind. Darunter befinden sich die Hauptstädte Ankara, Athen, Belfast, Belgrad, Bukarest, Chișinău, Helsinki, Minsk, Moskau, Oslo, Podgorica, Reykjavík, Riga, Skopje, Sofia, Stockholm, Tallinn, Tirana, Valletta, Vilnius und Zagreb.

Die Ziele des ECAD-Bündnisses ergeben sich aus dem Leitbild („Mission Statement“), das 2017 auf der ECAD-Vollversammlung in Kaunas überarbeitet wurde.

Die im ECAD zusammengeschlossenen Städte bekräftigen darin, dass sie eine drogenfreie Gesellschaft wollen; sie wollen eine treibende Kraft für eine ambitionierte Drogenpolitik sein. Sowohl die Verfügbarkeit von als auch die Nachfrage nach Drogen sollen reduziert werden, entsprechend auch die gesellschaftlichen und individuellen Auswirkungen von drogenbedingten Schäden und Abhängigkeiten. Es geht um die Prävention des Konsums, die Verbesserung der Lebensqualität von Süchtigen und die Verringerung der Zahl der Todesfälle, die aufgrund von Überdosierungen bei nicht-medizinischem Drogenkonsum zu beklagen sind.

Damit bezieht das ECAD-Bündnis sich auf die UN-Konventionen zu Betäubungsmitteln, die den Gebrauch von Betäubungsmitteln auf ausschließlich medizinische und wissenschaftliche Zwecke beschränken. Die dem Bündnis beigetretenen Städte sind überzeugt, dass Gesellschaften das Ausmaß ihrer Drogenprobleme beeinflussen können, indem sie konzertierte Anstrengungen zur Prävention, Behandlung, Genesung und Kontrolle unternehmen. Der Drogenkonsum sollte in erster Linie durch gesundheitliche und soziale Interventionen sowie durch Alternativen zur Inhaftierung angegangen werden.

Das ECAD-Bündnis dient den Interessen seiner Mitgliedsstädte, indem es ihnen Wissen und Werkzeuge zur Verfügung stellt, um ihre Maßnahmen und Politiken zur Verhinderung von Drogenkonsum, zur Reduzierung von Schäden und zur Erleichterung der Genesung ständig zu verbessern. Es unterhält zu diesem Zweck ein ständiges Sekretariat in Stockholm. Dieses organisiert die regelmäßigen Vollversammlungen des Bündnisses, außerdem Seminare und weitere Veranstaltungen zu Prävention vor und Bekämpfung von Drogenmissbrauch.

Die ECAD-Resolution von 2016

Verpflichtend mit dem Beitritt verbunden ist, dass die beitretende Stadt die ECAD-Resolution unterzeichnet. Diese wurde zuletzt auf der ECAD-Vollversammlung am 9./10.05.2016 in Stavanger überarbeitet; der englische Originaltext und eine deutsche Übersetzung sind diesem Antrag beigefügt.

Wesentlich ist, dass in der Resolution

- alle Forderungen nach Legalisierung von Drogen abgelehnt werden,
- vielmehr verlangt wird, dass sowohl eine Reduzierung der Nachfrage nach Drogen als auch eine Reduzierung des Angebots an Drogen erreicht werden muss,
- die Notwendigkeit der Prävention betont wird, so dass Menschen nicht zum Konsum illegaler Drogen verleitet werden,
- eine angemessene Behandlung für Menschen mit Suchtproblemen gefordert wird.

Berlin, 26. Januar 2021

Dregger Stettner
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU



Resolution

European Cities Action Network for Drug Free Societies (ECAD),

Realizing that the use and abuse of illicit drugs is a serious problem in European cities,

Noting with deep concern that demands to legalize illicit drugs should be seen against the background of current problems which have led to a feeling of helplessness

Deeply convinced that the answer does not lie in making harmful drugs more accessible, cheaper and socially acceptable. Attempts to do this have not proved to be successful,

Recognizing that the fact that we have not yet managed to overcome our drug problems must lead to renewed and vigorous efforts,

Bearing in mind that ECAD consists of cities in Europe with different views and conditions who have pooled their experiences together to address their drug problems and work towards the vision of a Europe free from illicit drugs.

Taking into consideration that taking action on drugs is a complex matter. A wide spectrum of measures needs to be applied in cooperation between the authorities, voluntary organisations and individuals,

Expressing its appreciation that the UN conventions on drugs from 1961, 1972 and 1988 enjoys almost universal adherence among UN member states

Highlighting the role of the UN Convention on the Rights of the Child (1990), article 33 saying that “we shall take all appropriate measures, including legislative, administrative, social and educational measures, to protect children from the illicit use of narcotic drugs,

Emphasizing that the current UN regulatory system should be expanded and built upon, not discarded,

1. Rejects all calls for legalization of drugs,
2. Proclaims that any good drug policy starts with prevention.
Preventive measures to stop people from being enticed into taking illicit drugs and being harmed by them are key efforts to addressing our drug problems,
3. Reminds that appropriate treatment for those with addiction problems is a moral imperative and money well spent,
4. Notes that both drug demand reduction and supply reduction of drugs must be accomplished,
5. Encourages the development of positive and innovative strategies to address the difficult problems related to drug abuse,
6. Request that our governments respect and with determination apply those conventions and agreements regarding illicit drugs which they have signed,
7. Confirms our willingness to continuously improve our actions on illicit drugs through exchange of knowledge and best practices.

Signatory

to the ECAD Resolution

Name

Position

City

Date and Place

ECAD

Resolution

Das Aktionsnetzwerk europäischer Städte für drogenfreie Gesellschaften (ECAD),
in der Erkenntnis, dass der Gebrauch und Missbrauch illegaler Drogen ein ernstes Problem in den europäischen Städten darstellt,
mit tiefer Besorgnis feststellend, dass Forderungen nach Legalisierung illegaler Drogen vor dem Hintergrund der aktuellen Probleme gesehen werden sollten, die zu einem Gefühl der Hilflosigkeit geführt haben,
in der tiefen Überzeugung, dass die Antwort nicht darin liegt, schädliche Drogen leichter zugänglich, billiger und sozial akzeptabel zu machen, und Versuche, dies zu tun, sich nicht als erfolgreich erwiesen haben,
in der Erkenntnis, dass die Tatsache, dass wir es bisher nicht geschafft haben, unsere Drogenprobleme zu überwinden, zu neuen und energischen Anstrengungen führen muss,
unter Berücksichtigung des Umstands, dass ECAD aus Städten in Europa mit unterschiedlichen Ansichten und Bedingungen besteht, die ihre Erfahrungen gebündelt haben, um ihre Drogenprobleme anzugehen und auf die Vision eines von illegalen Drogen freien Europas hinzuarbeiten,
in der Erwägung, dass Maßnahmen zur Drogenbekämpfung eine komplexe Angelegenheit sind und es ein breites Spektrum von Maßnahmen angewendet werden muss, wobei Behörden, freiwillige Organisationen und Einzelpersonen zusammenarbeiten,
in Würdigung der Tatsache, dass die UN-Drogenkonventionen von 1961, 1972 und 1988 von den UN-Mitgliedsstaaten nahezu universell befolgt werden,
unter ausdrücklichem Hinweis auf die Rolle der UN-Konvention über die Rechte des Kindes (1990), deren Artikel 33 besagt, dass "wir alle geeigneten Maßnahmen, einschließlich gesetzgeberischer, administrativer, sozialer und erzieherischer Maßnahmen, ergreifen, um Kinder vor dem unerlaubten Gebrauch von Suchtstoffen zu schützen",
betonend, dass das derzeitige UN-Regelungssystem erweitert und darauf aufgebaut, nicht aber verworfen werden sollte,

1. lehnt alle Forderungen nach Legalisierung von Drogen ab,
2. stellt ausdrücklich fest, dass jede gute Drogenpolitik mit Prävention beginnt und präventive Maßnahmen, die verhindern sollen, dass Menschen zum Konsum illegaler Drogen verleitet werden und dadurch Schaden nehmen, der Schlüssel zur Bewältigung unserer Drogenprobleme sind,
3. erinnert daran, dass eine angemessene Behandlung für Menschen mit Suchtproblemen ein moralischer Imperativ und gut angelegtes Geld ist,
4. stellt fest, dass sowohl eine Reduzierung der Nachfrage nach Drogen als auch eine Reduzierung des Angebots an Drogen erreicht werden muss,
5. ermutigt zur Entwicklung positiver und innovativer Strategien, um die schwierigen Probleme im Zusammenhang mit Drogenmissbrauch anzugehen,
6. fordert unsere Regierungen auf, die von ihnen unterzeichneten Konventionen und Abkommen über illegale Drogen zu respektieren und entschlossen anzuwenden,
7. bekraftigt die Bereitschaft, alle Maßnahmen gegen illegale Drogen durch den Austausch von Wissen und bewährten Praktiken ständig zu verbessern.

Unterzeichner

der ECAD-Resolution

Name

Position

Stadt

Datum und Ort